



Thüringen braucht einen seriösen Neuanfang

Auf LINKE-Antrag Landtags-Sondersitzung zum Umgang mit Hilfspaket für Kommunen

Auf Antrag der Linksfraktion hatte sich der Landtag vor Beginn der regulären Plenarsitzung am 18. Dezember zu einer Sondersitzung getroffen, denn der Umgang der Landesregierung mit dem 136-Millionen-Euro-Paket für die Kommunen ist nicht hinnehmbar und zeigt: „Thüringen braucht einen seriösen Neuanfang“, wie Bodo Ramelow betont hatte.

Der Vorsitzende der Linksfraktion erklärte zum CDU-SPD-Haushaltsstreit: „Ich wiederhole gerne meinen Satz vom Beginn dieser Legislatur und stelle fest, dass ich stündlich übertroffen werde. Der Satz lautete: Da stolpert zusammen, was nicht zusammen gehört! Traurig ist nur, dass diese Unverträglichkeit der beiden Koalitionspartner auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen wird.“ Statt stundenlang im Koalitionsausschuss unnütze Zeit zu verbringen, hätte produktiv der Nachtragshaushalt aufgestellt und dem Landtag zugeleitet werden können.

„Die CDU wollte mit dem Signal von 136 Millionen an nur einen Teil der kommunalen Familie offensichtlich ihren eigenen Landesparteitag beeindrucken, für die Kommunalwahl ein günstiges Signal setzen und Frau Lieberknecht als Spitzenkandidatin in Szene setzen“, konstatierte Ramelow. Die kommunalen Spitzenverbände haben die parteiinternen Wunschvorstellungen als bare Münze genommen und

die Thüringer Kommunen schon mit Zahlenmaterial versorgt, was den Eindruck der schnellen Hilfeleistung sogar noch verstärkte.“ Im Detail bemerkten alle kreisfreien Städte, dass „bei dieser wundersamen Verteilung einige mehr und andere gar nichts erhalten“. Der Gemeinde- und Städtebund musste nach Protesten aus der kommunalen Familie seine voreiligen Rundschreiben relativieren und erklären, dass es sich nur um eine CDU-interne Verabredung handelt. DIE LINKE fordert konsequent einen Nachtragshaushalt und ist bereit, an jeder Form der Beschleunigung mitzuarbeiten. Die CDU betreibe „Politik der Gutsherrenart“, so Ramelow.

Zügige Beratung zur Verteilung der Finanzmittel

„Es wird Zeit, dass die Union in der Opposition lernt, was Parlamentsbeteiligung heißt, denn offenkundig wirken die dauerhaften Regierungsjahre bei der ehemaligen selbst ernannten Thüringen-Partei kontraproduktiv“, sagte der Fraktionsvorsitzende und unterstrich: „Diese Landesregierung soll endlich durch einen Rücktritt den Weg frei machen für Neuwahlen.“

Am 12. Dezember hatte die SPD-Fraktion kurzfristig zum gleichen Thema ein Pressegespräch anberaumt. Dazu MdL Frank Kuschel: „Dieses Theater der Noch-Koalition in Thüringen ist unerträglich und wird auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen.“ Zwar sei der Vorschlag der SPD richtig,

das Hilfspaket für die Kommunen im Rahmen eines Nachtragshaushaltes zu verabschieden und in diesem Zusammenhang andere Schwerpunkte als die CDU zu setzen, „das löst vorhandenes Wirrwarr aber nicht auf“.

„Auf der kommunalen Ebene werden die zusätzlichen Mittel des Landes fest eingeplant. Allerdings gibt es noch nicht einmal im Landtag eine offizielle Mitteilung oder einen Beschluss über die Höhe bzw. den Einsatz der Gelder“, so der LINKE-Politiker. Er hatte die Landesregierung aufgefordert, spätestens bis zur Sondersitzung des Landtages einen Kabinettsbeschluss zu fassen und dem Landtag unverzüglich einen Nachtragshaushalt zuzuleiten.

Im Interesse der Planungssicherheit der Kommunen werde die LINKE auf eine zügige Beratung dringen, so dass noch im Frühjahr die Mittel entsprechend abfließen können. Die Fraktion spricht sich dafür aus, die Hilfen zum großen Teil als allgemeine Zuweisungen ohne Zweckbindung zur Verfügung zu stellen. „Die Städte und Gemeinden sollen vor Ort entscheiden, wie sie die Mittel verwenden“, erklärte Frank Kuschel. Die Zuweisungen an die Landkreise müssten so bemessen werden, dass sie die Kreisumlagen deutlich reduzieren. Zur Unterstützung notleidender Gemeinden und kreisfreier Städte sollten der Landesfinanzausgleichsstock erhöht und die Bedarfszuweisungen unter Beteiligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages transparent verteilt werden. ■

KOMMENTIERT:

von Katharina König

Entschiedenes Nein

Nach einem Gutachten, das EU-Generalanwalt Cruz Villalón vorgelegt hat, verstößt die Vorratsdatenspeicherung gegen die Grundrechtecharta der EU. Das jetzt vorgelegte Gutachten ist ein erster richtiger Schritt seitens der EU. Leider fehlt jedoch weiterhin die konsequente Delegitimation der Vorratsdatenspeicherung und vor allem fehlt ein entschiedenes Nein dazu. Ich hoffe, hier wird das Gericht in seiner Entscheidung weiter gehen.

Das Gutachten hält zwar fest, dass die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung rechtswidrig ist, jedoch empfiehlt Cruz Villalón keine Aussetzung der Vorratsdatenspeicherung, sondern nur eine Nachbesserung. Erhalten bleiben soll die Speicherung der Daten von bis zu einem Jahr.

Die weiterhin erfolgende bürger- und grundrechtsbeschränkende Forderung nach Vorratsdatenspeicherung, die faktisch eine Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger sowie die Abschaffung der Unschuldsvermutung bedeutet, stellt eine massive Beschränkung demokratischer Werte dar. Daher hat die LINKE diese Maßnahme von Anfang an grundsätzlich abgelehnt.

Die Forderung des Generalbundesanwalts – er hat eine Ausweitung der Überwachungsmöglichkeiten für Ermittlungsbehörden z.B. bei Online-Durchsuchungen und Quellen-TKÜ verlangt – ist ein Fehlverständnis einer freiheitlich orientierten und offenen Gesellschaft. Es ist gefährlich, Freiheiten in einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu beschneiden, anstatt diese zu verteidigen. Auch die Existenz weiterer rechtsterroristischer Gruppierungen kann kein Argument für die Beschneidung von Grundrechten sein.

Die bisherigen Ermittlungen um die Taten des NSU haben keinerlei Beleg erbracht, dass nun geforderte Eingriffsbefugnisse diese verhindern hätten. Vielmehr ist zu Tage getreten, dass struktureller Rassismus und Fehlverständnis innerhalb der Sicherheitsbehörden maßgeblicher Faktor bei der Nichtentdeckung der Täter waren. Die Angehörigen der Opfer hingegen wurden zum Teil massiver Überwachung ausgesetzt.

Hier nun weitere Überwachungsmechanismen für Sicherheitsbehörden zu fordern, kann nur als zynische Reaktion eingeordnet werden.

AKTUELL

Für einen „Winterabschiebestopp“

Die Vernetzung der Thüringer Bündnisse, Initiativen und Netzwerke gegen Rechts und der Flüchtlingsrat Thüringen forderten bei einer Solidaritätsaktion vor der Landtagssitzung am 18. Dezember in Erfurt den Thüringer Innenminister Jörg Geibert (CDU) auf, mindestens für die Wintermonate einen Abschiebestopp für Roma zu erlassen.

Im Aufruf, unterstützt auch von der LINKEN im Landtag, heißt es u.a.: „In einer Zeit, in der nicht nur ‘besorgte Bürgerinnen und Bürger’, sondern auch Medien und Politik mit Begriffen wie ‘Asylmissbrauch’, ‘Wirtschaftsflüchtlinge’, ‘Asylflut’, ‘Zustrom’ oder ‘Flüchtlingswelle’ rassistische Einstellungen bedienen und zur weiteren Diskreditierung

von Geflüchteten beitragen und verkennen, dass sich niemand ohne Grund auf die Flucht begibt, in dieser Zeit ist es wichtig, für ein menschliches Miteinander Gesicht zu zeigen.“

Dass Innenminister Geibert Minderheitenangehörige aus den Balkanstaaten sehenden Auges in menschenunwürdige Zustände zurückschicken will und das auch noch so ansagt, sei „geradezu böseartig und gewissenlos“, hatte Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, im Vorfeld kritisiert – auch wenn er es als notwendig ansehe, die Situation dieser Menschen in ihren Herkunftsländern zu verbessern.

Es sei völlig unverständlich, dass der Innenminister nicht, wie im letzten

Jahr, Angehörigen der Roma, Ashkali und Ägypterinnen und Ägypter aus den Balkanstaaten wenigstens zeitweise über die Wintermonate Schutz zu gewähren. Die Motivation für die Verweigerung erschließe sich auch nicht durch den Verweis, dass die meisten Bundesländer so agieren würden. Ebensoviele könne aus menschenrechtlicher Sicht die Kapazität im Aufnahmelaager in Eisenberg ein Argument sein, so Sabine Berninger.

Die Minderheitengruppen sind in den Balkanstaaten erheblichen Diskriminierungen zum Beispiel beim Zugang zu Arbeit, im Bildungssystem, in der medizinischen Versorgung ausgesetzt. Immer wieder komme es auch zu tätlichen Übergriffen. ■